Nr. 21 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 22. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 6 97, Expedition Nr. 13 6 36, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Offertengebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen aus auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ausgeschlossen. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,20 Mk., vierteljährl. 3,60 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2,32 „ 6,96 „
Nach d. Auslande in Streifb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die gesteigerten Feuerkämpfe im Westen dauern an

Ein neuer Kampf zwischen den Maximalisten und ihren Gegnern entbrannt — Wieder 19000 Tonnen versenkt
Erklärungen des englischen Hilfsdienstministers über den Kriegsbedarf

Die Auflösung der russischen Nationalversammlung

Die Maximalisten fühlen sich als die Herren Rußlands, auch wenn sie, wie schon die Wahlen zur Konstituante zeigten, in Wirklichkeit nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Ueber die Stärke der Parteiverhältnisse und die politischen Programme der einzelnen Gruppen der russischen Volksvertretung haben wir bereits in unsrer vorigen Ausgabe ausführlich gesprochen. Die dort mitgeteilten Zahlen ließen erkennen, daß sowohl ziffernmäßig als auch der besonderen Zusammensetzung der russischen Bevölkerung nach die Sozialrevolutionäre, also die Vertreter der Bauernschaft, die meisten Abgeordneten der Nationalversammlung stellten. Schon daß der Führer der Sozialrevolutionäre Tschernow zum vorläufigen Vorsitzenden der Konstituante gewählt wurde, war charakteristisch. Die Maximalisten, die natürlich ganz genau wußten, daß sie nicht die Mehrheit in der Konstituante haben würden, hatten von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie vor einem neuen Staatsstreich nicht zurückschrecken würden. Sie hatten schon vorher die Absicht laut werden lassen, die Nationalversammlung zu sprengen, falls die Mehrheit den Beschlüssen der bolschewistischen Regierung nicht zustimmen würde. Dieser Fall ist gleich nach der Eröffnung der Versammlung eingetreten. Schon vier Stunden vor der Eröffnung begann das Vorspiel, das die neuen Konflikte einleitete. Eine maximalistische Truppe griff eine Prozession des „Bundes zur Verteidigung der gesetzgebenden Versammlung" an und riß die Fahne herunter. Dem ersten Befehl zum Feuern wurde durch Maschinengewehrfeuer Folge geleistet. Mehrere Personen wurden getötet, unter ihnen das Mitglied des ausführenden Ausschusses der Bauerndeputierten Baganow. Viele Personen, darunter verschiedene Frauen, wurden verwundet. Ueber die Eröffnung und Auflösung der Nationalversammlung gibt die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur folgenden Bericht aus: Nachdem die verfassunggebende Versammlung nach anderthalbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses der Sowjets abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen hatten, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung durch Matrosen aufgelöst.

Die Erklärung der Sowjets,

die zu Beginn der Versammlung von dem Vertreter des Hauptausschusses Swerdlow verlesen wurde, hatte nach englischen Meldungen folgenden Inhalt:

* Amsterdam, 21. Januar. Die „Daily News" melden aus Petersburg vom Donnerstag: Das Zentralkomitee der Sowjets veröffentlicht eine Erklärung, die bei der Eröffnung der Konstituante von dem Vertreter der Regierung verlesen werden soll. Sie besagt, daß Rußland eine Republik der Sowjets sei und daß die Zentralregierung und die örtlichen Regierungen in den Händen der Organe der Sowjets liegen werden. Ferner behandelt die Erklärung die vollkommene Sozialisierung des Landes, die Verstaatlichung der Wälder, Minen, Besitzungen, Ländereien, Fabriken, Eisenbahnen usw. Es wird ein staatliches Verzeichnis der gesamten Industrien angelegt. Der ganze Arbeiterstand wird bewaffnet und die besitzenden Klassen entwaffnet. Ferner wird in der Erklärung gesagt: „Die konstituierende Versammlung heißt die Politik der Sowjets gut, die sich in der allgemeinen Verbrüderung, in der Veröffentlichung der Geheimakten und allen andern Methoden äußert, um den Krieg mit einem demokratischen Frieden zu beenden nach dem Grundsatz: keine Annexionen, keine Entschädigungen und Selbstbestimmungsrecht der Völker." Die Erklärung betont weiter, daß mit der Politik einer barbarischen Bourgeoisie gebrochen werden müsse, die Millionen von Arbeitern unterdrücke. Die Erklärung billigt die Unabhängigkeit Finnlands und den Rückzug der russischen Truppen aus Persien. Sie betont, daß die Sowjetregierung ungehindert ihren Weg fortsetzen werde, bis die internationale Arbeiterschaft vom kapitalistischen Joch befreit sein werde. Der letzte und bedeutsamste Teil der Erklärung lautet: „Die Konstituante anerkennt, daß sie nach den Grundsätzen gewählt sei, die für die Oktoberrevolution gelegt waren, und sie sei daher folgerichtig nicht berechtigt, sich gegen die Sowjetregierung aufzulehnen."

× London, 20. Januar. Reuter meldet aus Petersburg vom 19. d. M.: Die konstituierende Versammlung beschloß mit 375 gegen 146 Stimmen, die Beratung der von Swerdlow verlesenen Erklärung der Arbeiterrechte, die verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die mühigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden, zu vertagen. Die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre verließen hierauf den Saal, während die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten trotz den Drohungen des in den Gängen aufgestellten, mit Gewehr und Bajonett bewaffneten Militärs den Vorschlag annahmen, an die Kriegführenden Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen.

Da also auch die Mehrheit der Nationalversammlung für den Frieden eintritt, so dürften die Maximalisten mit einer starken Opposition gegen ihre Ziele zu rechnen haben. Sie werden zwar kein Mittel scheuen, den

Widerstand der Opposition

zu brechen, müssen aber darauf gefaßt sein, mit gleichfalls entschlossenen Gegnern zu tun zu haben:

* Amsterdam, 20. Januar. Unter dem 18. d. M. melden die „Daily News" aus Petersburg, daß die Vorbereitungen der Oppositionsparteien gegen die Bolschewiki fortdauern. Während die Bolschewiki die Bevölkerung ermahnen, zu Hause zu bleiben und sich nicht als Werkzeug der rechtsstehenden sozialistischen Parteien, die selbst das Werkzeug der verzweifelten besitzenden Klassen geworden seien, gebrauchen zu lassen, gehen Gerüchte um, daß Sawinkow, Filonenko und Kerenskij bei Kaledin gewesen und jetzt in Petersburg angekommen seien. In der Stadt herrscht jene Spannung, die immer großen Unruhen vorausging. Die Gruppe, die der Konstituante die größtmögliche Macht gegeben wissen will, scheint auch einen beträchtlichen Teil der Garnison hinter sich zu haben. So wurde in einer Versammlung der Simeonowski-Garde ein Antrag zur Unterstützung der Konstituante angenommen. Die Volkskommissare selbst geben das Bestehen einer Gegenströmung unter mehreren Truppenabteilungen zu. Die Garnison der Peter-Pauls-Festung ist jedoch für die Bolschewiki.

* Stockholm, 21. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Wie die Sonntagsblätter melden, sind alle Drahtverbindungen mit Petersburg seit Sonnabend unterbrochen. Es bestehe keine Möglichkeit, über die Vorgänge bei und vor der Eröffnung der Konstituante nähere Einzelheiten zu erfahren.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Petersburg meldet, er sei der Ansicht, daß die Konstituante bedeutungslos sei. Unter der Regierung der Sozialrevolutionäre würde das Regime vielleicht milder werden, aber die Sozialrevolutionäre könnten die Ergebnisse des Regimes der Bolschewiki nicht zunichte machen, selbst wenn sie wollten. Die große Masse schwanke augenblicklich. Die Arbeiter und Soldaten seien heute für, morgen gegen die Bolschewiki. Die Nahrung werde knapper, Steinkohlen fehlten. Die Schneestürme dauerten fort. Wenn Not eintrete, werde die Menge sich gegen jede Macht ohne Unterschied erheben und sie stürzen. — Nach zuverlässigen Nachrichten aus Rußland herrscht in den Gouvernements Nowgorod, Kostroma, Wladimir-Smolensk, Moskau, besonders Orenburg und Turkestan Hungersnot. Der Volkskommissar in Verpflegungsangelegenheiten hat eine Verfügung wegen dieser Anarchie im Verkehrswesen erlassen. Die Verpflegung hungernder Provinzen und der Front sei bei den jetzigen Verhältnissen unmöglich. Die Rote Garde und revolutionäre Freiwillige wollen die Ordnung des Bahnverkehrs wieder herstellen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe der Bulgaren

× Großes Hauptquartier, 21. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nordöstlich und östlich von Ypern sowie an der Front von Lens bis Epéhy hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an.

Südlich von Bendhuille blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unsrer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In einzelnen Abschnitten der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien.

Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unsrer Erkundungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden elf feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Zwischen Wardar und Dojran-See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Belagerungszustand in Petersburg

Die außerordentliche Kommission für die Verteidigung von Petersburg erklärt, wie Havas meldet, in einem Aufruf an die Bevölkerung, daß sich infolge des Zusammentritts der gegenrevolutionären Gruppen die Stadt im Belagerungszustande befinde. Alle Kundgebungen sind verboten. Alle Versuche, in den Taurischen Palast und in das Smolnij-Institut hineinzukommen, werden mit Waffengewalt verhindert. Alle Regimenter werden bereit gehalten. Die Bureaus des Blattes „Djen" wurden geschlossen und der Chefredakteur verhaftet.

*

Ein Ultimatum an Rumänien

Der Korrespondent der „Times" in St. Petersburg berichtet, daß der Befehl der Bolschewikiführer, den König Ferdinand von Rumänien zu verhaften, keineswegs als Aeußerung des Größenwahnsinns zu betrachten sei. Die Bolschewiki erklärten, daß sie bei jedem Angriff auf einen ihrer Parteigänger mit einer doppelten Gegenmaßregel antworten würden. Nicht allein die maximalistischen Heereskommissionen an der rumänischen Front seien durch die rumänischen Militärbehörden aufgehoben worden, sondern die russischen Truppen sind auch von rumänischen entwaffnet worden. — Der revolutionäre Ausschuß der neunten russischen Armee sandte den rumänischen Militärbehörden ein Ultimatum mit zweistündiger Frist, in dem er freien Durchgang der russischen Truppen durch Jassy verlangt.

Die „Times" melden aus Petersburg: Die Rumänen verlassen fluchtartig Petersburg. Die Intervention der Ententebotschafter wurde von Lenin zurückgewiesen. Verschiedene Nachrichten aus Rußland bestätigen, daß die Zustände in Rumänien chaotisch sind. Die Armeen teilen sich in eine monarchistische und revolutionäre Partei. Der König und das Schloß sind von einer starken Wache von Offizieren und regierungstreuen Truppen umgeben. Viele russische und rumänische Sozialistenführer wurden verhaftet, weil bei ihnen Nachrichten entdeckt wurden mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen, den König gefangenzunehmen und die Republik auszurufen. Die Soldaten desertieren massenhaft von der Front, und überall werden große Versammlungen zugunsten des Friedens abgehalten.

*

Purischkjewitsch zu Zwangsarbeit verurteilt

Wie Reuter aus Petersburg meldet, ist der frühere Minister Purischkjewitsch zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wenn er sich jedoch am Ende des Jahres einverstanden erklärt, sich jeder Tätigkeit gegen die Bolschewiki zu enthalten, soll ihm der Rest der Strafe erlassen werden.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 20. Januar. (Amtlich)

Im westlichen Teil des Sperrgebiets um England stießen unsre rastlos tätigen U-Boote dem Gegner einen Verlust von 19 000 Bruttoregistertonnen Handelsschiffsraum zu. Die Mehrheit der Schiffe wurde im Kermel- und St.-Georgs-Kanal unter stärkster feindlicher Gegenwirkung vernichtet. Unter den Schiffen befanden sich drei größere Dampfer von über 4000 T. Ein Schiff konnte als der englische Dampfer „Colaere", der mit Kohlen nach Afrika unterwegs war, festgestellt werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Hertlings Antwort

Wie in Berlin verlautet, wird nach einer Vereinbarung der Reichsleitung mit den Parteiführern die politische Debatte im Hauptausschuß des Reichstages nunmehr voraussichtlich am Donnerstag ihren Anfang nehmen. Wahrscheinlich wird schon an diesem Tage der Reichskanzler Graf Hertling die angekündigte große Rede halten. Hierzu meldet noch eine Berliner Nachrichtenstelle:

Kg. Berlin, 21. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Wie wir aus parlamentarischer Quelle erfahren, wird die Kanzlerrede am kommenden Donnerstag im Hauptausschuß des Reichstages auch die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens eingehend erörtern. Der Kanzler hat sich entschlossen, in seiner Rede am Donnerstag auf die neueste Botschaft Wilsons zu antworten.

Staatssekretär v. Kühlmann, der gleich seinem österreichischen Kollegen Grafen Czernin die Abreise Trotzkijs nach Petersburg auch seinerseits zu einer Reise nach der Heimat benutzt, wird heute abend in Berlin eintreffen. Es heißt, daß er an der politischen Debatte teilnehmen wird.

Die Einigung mit den Ukrainern

Aus Brest-Litowsk wird unter dem 19. Januar gemeldet: Die deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskommissionen hielten heute mit der russischen und der ukrainischen Wirtschaftskommission Besprechungen ab, die befriedigend verliefen. Die vertraulichen politischen Beratungen mit der ukrainischen Delegation wurden fortgesetzt. — Ueber die Vereinbarungen mit den Ukrainern wird folgende Meldung ausgegeben:

× Brest-Litowsk, 20. Januar. Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung erzielt worden ist. Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Aussetzung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren, und sind entschlossen, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen. — Hiermit ist es zum erstenmal in diesem die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden.

Die Verhandlungen mit den Ukrainern sind also bis zu einem Punkt gediehen, der die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Mittelmächten und der Ukraine als aussichtsvoll erscheinen läßt. Die ukrainische Delegation, die selbständig neben den Russen mit uns verhandelt hat, hat bisher jedenfalls den ernsten und guten Willen gezeigt, zu einer Verständigung zu kommen. Und wenn die Ukraine auch weiterhin an diesem Ziele festhält, so dürfte es nicht schwerfallen, die Einigung zwischen den beiden Parteien zu erreichen, die in absehbarer Zeit zur Unterzeichnung des Friedensvertrages führen muß. Man wird also abwarten, welche Weisungen die Zentralregierung in Kijew der ukrainischen Delegation erteilen wird. Ebensowenig wie man zu überriebenem Optimismus in dieser Beziehung neigen wird, hat man vorläufig Grund zum Mißtrauen gegen das Verhalten der Ukraine. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages, der natürlich auch auf die Haltung der Petersburger Regierung nicht ohne starken Einfluß bleiben würde, könnte auch für die Ukraine nur von Vorteil sein, weil die anschließende Wiederaufnahme des Handelsverkehrs beiden vertragschließenden Teilen zugute käme. Vor allem aber wäre damit die erste Bresche in die Mauer geschlagen, die jetzt noch die kriegführenden Völker voneinander trennt.

*

Die Gegensätze in der Räumungsfrage

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 20. Januar

Die Meinungsverschiedenheiten in der Räumungsfrage konzentrieren sich auf die gegensätzliche Anschauung zwischen dem russischerseits geforderten Referendum und der unsrerseits zugestandenen Vertretung auf breiter Basis zur Lösung der Zugehörigkeitsfrage der besetzten Gebiete. Die Hauptschwierigkeit für die Abgrenzung dieser Territorien liegt im Widerstreit zwischen Rußland und der Ukraine, die untereinander noch lange nicht einig zu sein scheinen. Trotzkij reist wegen der Konstituante nach Petersburg. Er wird mit aus der dortigen Lage sich ergebenden Weisungen zurückkehren. Inzwischen werden die Beratungen über andre Fragen fortgesetzt und wohl soweit gefördert, daß nach der Rückkehr Trotzkijs die Beratungen zu einem raschen Ende führen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180122/1